

**Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Obere Gera“
(GS-EWS)
Vom 19. Oktober 2016**

Aufgrund der §§ 2 und 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) vom 7. August 1991 (GVBl. S. 285, 329) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze vom 20. März 2014 (GVBl. S. 82), erlässt der Wasser- und Abwasserzweckverband (WAwZV) „Obere Gera“ folgende Satzung:

§ 1 Gebührenerhebung

Der Zweckverband erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Benutzung der öffentlichen Entwässerungseinrichtung (Grundgebühren, Einleitungsgebühren für Schmutz- und Niederschlagswasser sowie Beseitigungsgebühren).

§ 2 Grundgebühren

(1) Grundgebühren werden

a) bei allen Grundstücken, die an die öffentliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind und deren Schmutzwasser in einer zentralen Abwasserbehandlungsanlage behandelt wird (Volleinleiter),

b) bei allen Grundstücken, die an die öffentliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind und von denen in einer Kleinkläranlage vorgereinigte Abwässer in die Kanalisation eingeleitet wird (Kanaleinleiter), sowie

c) bei allen Grundstücken, die an die öffentliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind und von denen Abwasser in ein Gewässer oder den Untergrund eingeleitet wird (Direkteinleiter),

erhoben.

(2) Die Grundgebühr nach Absatz 1 Buchstaben a und b wird berechnet

1. für Grundstücke mit Wohnbebauung, die zu Wohnzwecken genutzt werden, nach der am 1. Januar des jeweiligen Kalenderjahres (Abrechnungsjahr) vorhandenen Zahl der Wohneinheiten.
2. für Grundstücke mit Wohnbebauung, auf denen neben der wohnlichen Nutzung auch gewerbliche Nutzung stattfindet, zusätzlich für jede am 1. Januar des jeweiligen Kalenderjahres (Abrechnungsjahr) vorhandene gewerbliche Einrichtung eine Wohneinheit (z. B. Gaststätten, Geschäfte, Büros, Praxen, Werkstätten, auch unselbständige Niederlassungen und Nebenstellen). Nicht unter diese Auslegung fallen u. a. separate Arbeitszimmer.
3. für Garten- und Erholungsgrundstücke, die nicht einer Kleingartenanlage im Sinne des § 1 Absatz 1 Nr. 2 Bundeskleingartengesetz angehören, eine Wohneinheit.

4. für sonstige Grundstücke wird die Grundgebühr nach dem möglichen Dauerdurchfluss Q3 (ehemals Nenndurchfluss Qn) der verwendeten Wasserzähler nach der Europäischen Richtlinie über Messgeräte 2004/22/EG (MID) berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasseranschlüsse, so wird die Grundgebühr für jeden Wasseranschluss erhoben.

(3) Die Grundgebühr beträgt

a) für Volleinleiter (§ 2 Abs. 1 Buchstabe a)

1. für die Fälle des Absatzes 2 Nrn. 1 , 2 und 3 **je Wohneinheit 52,97 Euro pro Jahr**,
2. für Fälle des Absatzes 2 Nr. 4 beträgt die Grundgebühr bei der Verwendung von Wasserzählern mit möglichen Dauerdurchfluss:

Dauerdurchfluss Q 3	ehemals Qn	Grundgebühr €/ Jahr
4	2,5	85,81
10	6	214,53
16	10	343,24

b) für Kanaleinleiter (§ 2 Abs. 1 Buchstabe b)

1. für die Fälle des Absatzes 2 Nrn. 1, 2 und 3 **je Wohneinheit 78,45 Euro pro Jahr**,
2. für Fälle des Absatzes 2 Nr. 4 beträgt die Grundgebühr bei der Verwendung von Wasserzählern mit dem möglichen Dauerdurchfluss :

Dauerdurchfluss Q 3	ehemals Qn	Grundgebühr €/ Monat
4	2,5	127,09
10	6	317,73
16	10	508,36

c) für Direkteinleiter (§ 2 Abs. 1 Buchstabe c) je Grundstück **28,54 Euro pro Jahr**, ohne Berücksichtigung von Wohneinheiten bzw. Wasserzählern,

(4) Als Wohneinheit gelten ein oder mehrere Aufenthaltsräume mit den dazugehörigen Nebenräumen wie Küche (auch Kochnische), Bad (auch Duschkabine) und Toilette. Die Wohneinheit muss nicht (wie bei Eigentumswohnungen) abgeschlossen sein und nicht zwingend über einen eigenen Zugang verfügen.

§ 3 Einleitungsgebühr für Schmutzwasser

(1) Die Einleitungsgebühr für Schmutzwasser wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge der Abwässer (Schmutzwasser) berechnet, die der Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt werden.

(2) Die Einleitungsgebühr für Schmutzwasser beträgt

a) für Grundstücke, die an eine zentrale Abwasserbehandlungsanlage angeschlossen sind (Tarif VE) **1,87 Euro pro Kubikmeter Abwasser**,

b) für Grundstücke, deren in einer Kleinkläranlage vorgereinigten Abwässer in öffentliche Kanäle eingeleitet werden (Tarif KA) **1,99 Euro pro Kubikmeter Abwasser**,

c) für Grundstücke, deren in einer vollbiologischen Kleinkläranlage, die den anerkannten Regeln der Technik entspricht, vorgereinigten Abwässer in öffentliche Kanäle eingeleitet werden (Tarif VB) **1,59 Euro pro Kubikmeter Abwasser**.

(3) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der öffentlichen oder einer privaten Wasserversorgungsanlage zugeführten Wassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen.

Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen mittels eines vom Zweckverband auf Kosten des Gebührenpflichtigen zu installierenden geeichten Wasserzählers, der sich im Eigentum des Zweckverbandes befindet.

Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh eine Wassermenge von 15 m³ pro Jahr als nachgewiesen. Maßgebend ist die im Vorjahr durchschnittlich gehaltene Viehzahl.

Wird das landwirtschaftlich genutzte Wasser auf dem Grundstück nicht getrennt erfasst, so wird ein Pro-Kopf-Verbrauch von 35 m³ pro Jahr für jede auf dem Grundstück gemeldete Person angerechnet, soweit sich nicht durch eine Nachweisführung gemäß Satz 2 im Einzelfall ein niedriger Verbrauch ergibt. Maßgebend ist die im Vorjahr durchschnittliche Zahl der gemeldeten Personen.

Die Wassermengen werden durch Wasserzähler ermittelt. Sie sind vom Zweckverband zu schätzen, wenn

1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist oder
2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird oder
3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.

§ 4 Einleitungsgebühr für Niederschlagswasser

(1) Die Einleitungsgebühr für Niederschlagswasser berechnet sich nach den an die öffentliche Entwässerungsanlage (unmittelbar oder über einen Straßeneinlauf) angeschlossenen bebauten oder befestigten Flächen. Sie wird wie folgt ermittelt:

- a) Die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene bebaute oder befestigte Fläche wird mit dem der Versiegelungsart entsprechenden Abflussbeiwert gemäß Absatz 2 multipliziert (gewichtete Fläche) und anschließend mit der Niederschlagswassergebühr multipliziert.

- b) Ist die angeschlossene und mit dem Abflussbeiwert bewertete, bebaute oder befestigte Gesamtfläche eines Grundstückes geringer als 2 Quadratmeter, wird keine Berechnung der Einleitungsgebühr für Niederschlagswasser vorgenommen.
- c) Bei Gründächern kann auf schriftlichen Antrag des Gebührenpflichtigen durch den Zweckverband eine Gebührenminderung entsprechend der geringeren Abflussrelevanz des Gründachs gewährt werden.
- d) Wird das auf bebauten oder befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser einer Regenwassernutzungsanlage zugeleitet, deren Überlauf direkt oder über einen Straßeneinlauf an die öffentliche Entwässerungsanlage angeschlossen ist, kann der Gebührenpflichtige eine Reduzierung der gebührenpflichtigen Grundstücksfläche beim Zweckverband beantragen.
Die in die Regenwassernutzungsanlage eingeleiteten Niederschlagsmengen, die vorwiegend im Haushalt bzw. für Sanitäreinrichtungen genutzt werden, sind vom Gebührenpflichtigen auf eigene Kosten durch einen geeichten, vom Zweckverband gestellten Wasserzähler zu ermitteln.
Für jeden Kubikmeter Niederschlagswasser, der in der Regenwasser-nutzungsanlage verwendet wurde, wird die bereits mit dem Abflussbeiwert gewichtete Gesamtfläche des Grundstückes um 2 Quadratmeter reduziert.

(2) Die direkt oder indirekt angeschlossenen, bebauten oder befestigten Flächen werden wie folgt bewertet:

<u>Art der Oberfläche</u>	<u>Abflussbeiwert</u>
1. Bebaute Flächen, Dachgrundflächen (inkl. Dachüberstände)	0,9
2. Befestigte Flächen	
2.1. Asphalt, Beton (u. ä. sehr stark befestigte Flächen)	0,9
2.2. Pflaster, Platten (u. ä. stark befestigte Flächen)	0,6
2.3. Schotterdeckschichten, Rasengittersteine (u.ä. gering befestigte Flächen)	0,2
3. Unbefestigte Flächen, z. B. Rasen- und Beetflächen, Acker, Weide u. ä.	0,0

(3) Die Gebühr für die Einleitung von Niederschlagswasser (Tarif NW) beträgt **0,31 Euro pro Quadratmeter gewichtete Fläche und Jahr.**

§ 5 Beseitigungsgebühr

(1) Die Beseitigungsgebühr wird nach dem Rauminhalt der Abwässer berechnet, die aus den Grundstückskläranlagen angeschlossener Grundstücke abtransportiert werden. Der Rauminhalt der Abwässer wird mit einer geeigneten Messeinrichtung festgestellt.

(2) Die Beseitigungsgebühr beträgt **50,66 Euro pro Kubikmeter Abwasser (Fäkalschlamm)** aus einer Grundstückskläranlage.

§ 6 Gebührensuschläge

(1) Für Abwässer, deren Beseitigung einschließlich der Klärschlammabeseitigung (Beseitigung) Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von Hausabwasser um mehr als 30 vom Hundert (Grenzwert) übersteigen, wird ein Zuschlag in Höhe des den Grenzwert übersteigenden Prozentsatzes des Kubikmeterpreises erhoben.

(2) Absatz 1 gilt für Fäkalschlamm nur insoweit, als der Verschmutzungsgrad von Fäkalschlamm gewöhnlicher Zusammensetzung in einer Weise übertroffen wird, der den in Absatz 1 genannten Kosten entsprechende Kosten verursacht.

§ 7 Entstehen der Gebührenschuld

(1) Die Einleitungsgebührensuld für Schmutzwasser entsteht mit jeder Einleitung von Schmutzwasser in die Entwässerungsanlage. Die Einleitungsgebührensuld für Niederschlagswasser entsteht mit jeder Einleitung von Niederschlagswasser in die Entwässerungsanlage. Die Beseitigungsgebührensuld entsteht mit der Entnahme des Räumgutes.

(2) Die Grundgebührensuld für Voll- und Kanaleinleiter (§ 2 Abs. 1 Buchstaben a und b) entsteht erstmals mit dem Tag, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Im Übrigen entsteht die Grundgebührensuld mit dem Beginn eines jeden Tages in Höhe eines Tagesbruchteiles der Jahresgrundgebührensuld.

§ 8 Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld Eigentümer des Grundstücks oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist. Gebührenschuldner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes. Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

(2) Soweit Abgabepflichtiger der Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstücks ist und dieser nicht im Grundbuch eingetragen ist oder sonst die Eigentums- oder Berechtigungslage ungeklärt ist, so ist derjenige abgabepflichtig, der im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabepflicht der Besitzer des betroffenen Grundstücks ist. Bei einer Mehrheit von Besitzern ist jeder entsprechend der Höhe seines Anteils am Mitbesitz zur Abgabe verpflichtet.

§ 9 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung

(1) Die Einleitung wird jährlich und die Beseitigung nach erfolgter Durchführung abgerechnet.

(2) Die Grund- und Einleitungs- bzw. Beseitigungsgebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(3) Auf die Grund- und Einleitungsgebührensuld sind zum 15.02., 15.04., 15.06., 15.08., 15.10. und 15.12. jeden Jahres Vorauszahlungen in Höhe eines Sechstels der Jahresabrechnung des Vorjahres zu leisten. Fehlt eine solche Vorjahresberechnung, so setzt der Zweckverband die Höhe der Vorauszahlungen unter Schätzung der Jahresgesamteinleitung fest.

§ 10 Pflichten der Gebührenschuldner

(1) Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, dem Zweckverband die für die Höhe der Schuld maßgeblichen Auskünfte und Veränderungen insbesondere Änderungen der Eigentumsverhältnisse und Namensänderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen – auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen – Auskunft zu erteilen.

(2) Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, bei der Ermittlung der für die Festsetzung der Grundgebühr erforderlichen Grundlagen mitzuwirken. Dazu haben sie bei Wohnnutzung die Anzahl der Wohneinheiten und bei gemischter Nutzung (Wohnen / Gewerbe) die Anzahl und Art der gewerblichen Einrichtungen auf ihren Grundstücken im Rahmen einer Fragebogenerhebung oder sonstigen Tatsachenermittlung anzugeben.

(3) Wird die Anzahl der Wohneinheiten verändert, so hat der Grundstückseigentümer die Änderung dem Zweckverband innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt Absatz 2 entsprechend. Die veränderte Zahl der Wohneinheiten gilt ab dem Tag, der auf dem Zugang der Änderungsanzeige beim Zweckverband folgt.

(4) Die Gebührenschuldner sind weiterhin verpflichtet, bei der Ermittlung der für die Festsetzung der Einleitungsgebühr für Niederschlagswasser erforderlichen Grundlagen mitzuwirken. Dazu haben sie die Größe der bebauten und befestigten Flächen auf ihren Grundstücken und deren Versiegelungsart im Rahmen einer Fragebogenerhebung oder sonstigen Tatsachenermittlung anzugeben. Auf Aufforderung des Zweckverbandes haben die Grundstückseigentümer einen Lageplan oder andere geeignete Unterlagen (z. B. Grundstücksentwässerungsplan) vorzulegen, aus denen sämtliche bebauten und befestigten Flächen entnommen und die Entwässerungsverhältnisse auf dem Grundstück überprüft werden können. Beauftragte des Zweckverbandes dürfen zur Kontrolle der Angaben des Gebührenpflichtigen das Grundstück betreten. Die Grundstückseigentümer haben dies zu ermöglichen.

(5) Wird die Größe der bebauten oder befestigten Grundstücksfläche verändert, so hat der Grundstückseigentümer die Änderung dem Zweckverband innerhalb eines Monats nach Abschluss der Veränderung anzuzeigen. Für die Änderungsanzeige gilt der Absatz 2 entsprechend. Die veränderte Größe der bebauten oder befestigten Grundstücksfläche gilt ab dem Tag, der auf dem Zugang der Änderungsanzeige beim Zweckverband folgt.

(6) Kommt der Gebührenpflichtige seiner Mitwirkungspflicht gemäß den Absätzen 2 und 4 trotz zweimaliger Aufforderung nicht nach, kann der Zweckverband die Berechnungsgrundlagen schätzen.

(7) Die Gebührenschuldner sind verpflichtet, dem Zweckverband die Anschaffung, Änderung und Beseitigung von Regenwassernutzungsanlagen unverzüglich anzuzeigen. Dieser Anzeige ist ein Grundstücksentwässerungsplan beizufügen.

§ 11 In- / Außer-Kraft-Treten

(1) Die Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Obere Gera“ vom 22. September 2015 außer Kraft.

Gräfenroda, den 19. Oktober 2016

Fischer
Vorsitzender des
WAwZV „Obere Gera“

- Siegel -